

Amtliche Bekanntmachung



Amtsgericht Bad Oeynhausen

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Mittwoch, 05.08.2026, 11:00 Uhr,
Erdgeschoss, Sitzungssaal 3, Bismarckstr. 12, 32545 Bad Oeynhausen**

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Löhne, Blatt 851,

BV lfd. Nr. 11

Gemarkung Löhne, Flur 7, Flurstück 390, Gebäude- und Freifläche, Oberfeld 32,
Größe: 771 m²

versteigert werden.

Laut Gutachten handelt es sich um ein Eckgrundstück mit einem teilunterkellerten, eingeschossigen Einfamilienhaus mit ca. 93 m² Wohnfläche im Erdgeschoss und ca. 65,50 m² Wohnfläche im Dachgeschoss, einem ehemaligem, nicht unterkellertem Stallanbau, einer Wellblechgarage und einem Schuppen. Das Baujahr ist nicht bekannt, es wurde auf ca. 1900 geschätzt, der Stallanbau wurde 1928, der massive Giebel 1956 hergestellt. Ein Umbau ist 1959 erfolgt. Teile des Objekts waren nicht für eine Besichtigung durch die Gutachterin zugänglich. Baumängel und Schäden wurden berücksichtigt.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 16.06.2025 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

190.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.